

EU und Euro am Abgrund Teil 8

Die Übernahme der griechischen Staatsschulden (Euro-Rettungspaket 1) und die Bürgschaft für die anderen PIIGS¹-Staaten (Rettungspaket 2) werden den Euro nicht retten, sie besiegeln und beschleunigen sein endgültiges Aus.

Wolfgang Schäubles Begründung für das Zweite Gesetz zur Euro-Rettung² innerhalb von 14 Tagen³: „**Wir tun das in unserem besten, wohlverstandenen nationalen Interesse**“ stellt eine offene Verhöhnung des Volkes dar, denn die Regierung und Schäuble tun genau das Gegenteil. Sie schaden dem Volk. Das wird die Deutschen teuer zu stehen kommen und der Euro wird nicht gerettet, sondern noch schneller in den Abgrund befördert.

Kein einziger Bundestags-Abgeordneter hat Herrn Schäuble gefragt, **warum Bürgschaften** in Höhe von insgesamt $110 + 750 = 860$ Mrd. Euro **in unserem nationalen Interesse seien**. Damit legten die Abgeordneten wieder einmal Zeugnis ab, wie sehr sie ihrer Partei und nicht ihrem Gewissen verpflichtet sind. Oder fehlt ihnen gar die Sachkenntnis, sich ein eigenes Urteil in der Sache zu bilden, in der sie ihre Stimme abgegeben haben? Das wäre noch schlimmer! Wir wollen unter ökonomischen Aspekten prüfen – für jedermann nachvollziehbar – ob die Behauptung des Deutschen Finanzministers zutrifft. Verschaffen wir uns zuerst einen Überblick über die Vorgänge und die Summen, um die es geht.

Deutschland übernimmt Bürgschaften für die Schulden anderer Länder, weil diese (1) ihre Schulden nicht mehr zurückzahlen können (Griechenland), oder weil es (2) sehr wahrscheinlich ist, daß sie ihre Schulden nicht bezahlen können (Spanien, Portugal, Irland, Italien). Wenn der Fall eintritt, dass diese Länder die fälligen Tilgungen oder die Zinsen nicht bezahlen können, dann müssen die Bürgen einspringen und den zahlungsunfähigen Euro-Ländern den Kredit gewähren. Den müssen sie ihrerseits dann aber vorher aufnehmen.

Im Falle Griechenlands war dies am 23.04.2010 so weit. Die Bürgen mussten einspringen. Dabei ging es um 45 Mrd. Euro – zunächst einmal. Insgesamt beträgt die Bürgschaft allein für Griechenland 110 Mrd. Euro. Die 45 Mrd. Euro Kreditsumme für das Jahr 2010 verteilen sich auf die zwei Gruppen von Bürgen: Erstens die Euro-Länder und zweitens den IWF wie folgt:

	in Mrd. Euro für die Jahre	
Kredit an Griechenland	2010	2011 - 2012
Euro-Länder	30	80
IWF	15	30
Summe	45	110

Von dem Anteil der Euro-Länder in Höhe von (zunächst) 30 Mrd. Euro übernahm Deutschland den „Löwenanteil“ in Höhe von rund 8,4 Mrd. Euro, weil seine Beteiligung (Einlage) an der EZB mit knapp 30 Prozent am größten ist. In den Jahren 2011 – 2012 summiert sich der Kredit, den Deutschland gewähren muss, insgesamt auf 22,4 Mrd. Euro.

¹ Portugal, Irland, Italien, (Griechenland), Spanien.

² Offizielle Bezeichnung: „Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“.

³ Das Gesetz zur Bürgschaft der Griechenland-Schulden war am Freitag, den 07.05.2010 vom Bundestag beschlossen worden. Das Gesetz zur Bürgschaft für die Schulden der weiteren von der Zahlungsunfähigkeit bedrohten Staaten (Spanien, Portugal, Irland, Italien) folgte am Freitag den 14.05.2010.

Finanzminister Schäuble sagte, das sei die für Deutschland höchstmögliche Kreditsumme. Das war am 07.05.2010. Schon zwei Tage danach, in der Nacht vom 9. zum 10.05 Mai galt sein Wort nichts mehr. denn mittlerweile musste für die anderen hochverschuldeten Euro-Länder eine Bürgschaft in Höhe von 750 Mrd. Euro abgegeben werden. Diese sind aber als Kreditgeber für Griechenland fest eingeplant. Ihre Anteile am Griechenland-Kredit betragen knappe 28 Mrd. Euro⁴, die dann für Griechenland nicht abgestellt werden könnten, wenn sie selbst zahlungsunfähig würden und die den übrigen Euro-Ländern aufgehalst werden müssten. Die „Wackelkandidaten sind mit ihren Bürgschaftsverpflichtungen gegenüber Griechenland in der nachstehenden Tabelle aufgelistet“⁵:

Wackelkandidaten	
Italien	14,737
Spanien	9,793
Portugal	2,064
Irland	1,312
Summe	27,91

Abhängig davon, welches der oben aufgeführten Euro-Länder oder ob gar alle als Kreditgeber wegfallen, würde sich der Anteil Deutschlands beträchtlich erhöhen. Wenn alle vier Wackelkandidaten als Kreditgeber ausfallen, müsste Deutschland nicht 22,4 Mrd. Euro, sondern mehr als 34 Mrd. Euro Kredit (das sind zusätzliche 53,6% mehr) für Griechenland aufbringen. Übrigens ist Deutschland als drittgrößter Kapitaleigner am IWF (nach USA und Japan) auch an dem IWF-Kredit in Höhe von 30 Mrd. Euro beteiligt⁶, was einem Wert von 1,764 Mrd. Euro entspricht.

In den letzten Wochen meldeten sich die fanatischen Euro-Apologeten zu Wort, die behaupteten, dass die Kreditgewährung für die Euro-Partnerländer sogar ein Profitgeschäft sei, weil sie höhere Zinsen von Griechenland bekommen als sie selbst zahlen müssen. Aber die Zinsen erhalten die Geschäftsbanken, die den Kredit gewähren und nicht die Länder, die bürgen! Im Falle Deutschlands ist das die KfW. Doch das ist noch nicht das Entscheidende, denn es kommt darauf an, **ob Griechenland die Kredite überhaupt je einmal zurückzahlen kann!**

Bevor wir auf diese Frage eingehen, müssen wir aber noch einen Blick auf das Zweite Rettungspaket und sein urplötzliches Zustandekommen werfen. Es wurde in einer „Nacht- und Nebelaktion“ am Wochenende vom 7. – 10 Mai von den Regierungschefs und Finanzministern der Euro-Länder beschlossen, nachdem der EZB-Präsident Jean Claude Trichet die schrecklichsten Untergangsszenarien den anwesenden Konferenzteilnehmern „an die Wand gemalt“ hatte. Die Tabelle zeigt die Dimensionen des Hauruckunternehmens.

2.Rettungspak.	Mrd.Euro	Mrd.Euro	%-Anteil
Euro-Länder		440	
Deutschland	122,85		27,92%
EU-Haushalt		60	
IWF		250	
Summe		750	

Deutschland ist am Gesamtbetrag der Euro-Länder in Höhe von 440 Mrd. Euro mit 122,86 Mrd. Euro beteiligt. Doch auch von den 60 Mrd. Euro des EU-Haushaltsbeitrags

⁴ Zahlen aus Angaben der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24.04.2010 Seite 12.

⁵ Zahlen aus „Der Spiegel“ Nr. 20 vom 17.05.2010, Seite 73.

⁶ IWF Anteile laut Wikipedia: USA 15,85 %, Japan 6,84 %, Deutschland 5,88 %, Frankreich 4,86 %, Vereinigtes Königreich 4,86 % und China 4,42 %.

hat es als größter Nettobeitragszahler den größten Teil zu tragen, ebenso wie sein Anteil an dem IWF-Beitrag als drittgrößter Einleger der Höhe von knapp 15 Mrd. Euro entspricht.

Von diesen zusätzlichen Anteilen Deutschlands an der Gesamtbürgschaft und damit an der Gesamtsumme der Kredite haben die Medien in keiner Weise berichtet. Umso bemerkenswerter ist die Tatsache, dass der US-Senat mit 94 zu 0 Stimmen entschieden hat, dass die USA ihren Anteil an den 30 Mrd. Euro IWF Kredit für Griechenland nur dann zahlen dürfen, wenn eine Rückzahlung des Geldes völlig sichergestellt ist. Die Begründung lautete: „Amerikanische Steuerzahler sollten nicht daran beteiligt sein, ausländische Regierungen herauszupauken“.⁷

Doch kommen wir zurück zu den Anteilen, die Deutschland im Rahmen der Euro-Länder zu tragen hat. Es geht um die Gesamtsumme von 440 Mrd. Euro.

€ - Länder	Mrd. Euro	Prozentanteil
Deutschland	122,9	27,92%
Frankreich	92,3	20,98%
Italien	81,0	18,41%
Spanien	53,9	12,25%
Niederlande	25,9	5,89%
Belgien	15,7	3,57%
Österreich	12,6	2,86%
Portugal	11,4	2,59%
Finnland	8,1	1,84%
Irland	7,2	1,64%
Slowakei	4,5	1,02%
Slowenien	2,1	0,48%
Luxemburg	1,1	0,25%
Zypern	0,9	0,20%
Malta	0,4	0,09%
Σ Euroländer	440,0	100,00%

Auch in dieser Liste sind jene Länder, für die die Euro-Partner sehr wahrscheinlich Bürgschaften und Kredite eingehen müssen, als Kreditgeber aufgeführt. Die können freilich leicht bürgen, wenn sie wissen, dass es sie selbst gar nicht trifft, sondern die anderen.

Genau genommen handelt es sich also um eine Mogel – Liste. Nehmen wir auch hier die von der Insolvenz bedrohten Länder als Bürgen und Kreditgeber aus der Liste heraus, dann ist der Anteil der verbliebenen Länder an der Gesamtbürgschaft (Gesamtkredit) wesentlich höher, wie die nachstehende Tabelle zeigt:

€ - Länder	Mrd. Euro	Prozentanteil
Deutschland	188,7	42,89%
Frankreich	141,8	32,22%
Niederlande	39,8	9,04%
Belgien	24,1	5,48%
Österreich	19,4	4,40%
Finnland	12,4	2,83%
Slowakei	6,9	1,57%
Slowenien	3,2	0,73%
Luxemburg	1,7	0,38%
Zypern	1,4	0,31%
Malta	0,6	0,14%
Σ Euroländer	440,0	100,00%

Wie man sieht, steigen die Anteile und damit auch die absoluten Beträge der verbliebenen Euro-Länder erheblich. Natürlich müssen nicht alle vier der von der Zahlungsunfähigkeit bedrohten Länder wirklich zahlungsunfähig werden, das Beispiel soll nur zeigen, dass die Anteile der Euro-Partnerländer wesentlich höher sind, als heute offiziell ausgewiesen wird. In Anbetracht dieser zu erwartenden Zahlungen ist es kein Wunder, dass Deutschland jetzt selbst sparen muss.

Mit der Erklärung, für die Schulden der anderen Euro-Staaten zu bürgen, also zu haften und sie zu bezahlen, haben die Euroländer den ursprünglichen Haftungsausschluss durch die Maastricht-Verträge außer Kraft gesetzt. Doch das war nicht der einzige Verstoß gegen den Geist und Buchstaben des ursprünglichen EU-Gedankens. Auch die EZB erklärte sich an jenem 10 Mai 2010 freiwillig bereit, ihr bisheriges Selbstverständnis als unabhängiger Wächter der Preisstabilität aufzugeben. Sie verpflichtete sich, die Staatsanleihen

der in Finanznot geratenen Euro-Staaten aufzukaufen, die mangels Nachfrage ständig an Wert verloren hatten. Sie kauft also den Alt- Eigentümern (Banken, Versicherungen, Wertpapierfonds) weltweit die „giftigen Papiere“ ab, die niemand haben will. Seit dem 10. Mai hat die EZB bereits über 40 Mrd. Euro für diese Schrottpapiere ausgegeben⁸,

Den Nutzen hat also die internationale Finanzindustrie, die diese Papiere hätte abschreiben müssen. Das muss jetzt die EZB machen. Die Eigentümer der großen Banken, Versicherungen und Fonds hatten in den guten Jahren zuvor an den Zinsen gut verdient. Die Verluste übernimmt jetzt die EZB, deren Eigentümer die EU-Länder sind, also letztendlich die Steuerzahler dieser Länder. Genauso wie die Steuerzahler auch die Kreditausfälle der klammen Euroländer tragen müssen, wenn diese zahlungsunfähig werden sollten.

Wie man sieht, haben die Regierungschefs der Euro-Länder an jenem 10. Mai, der in die Geschichte eingehen wird, ganze Arbeit geleistet: Sie haben die Weichen für eine riesige Umverteilung der Staatsschulden von den Eigentümern dieser Schulden – das ist das internationale Finanzkapital – zu den Staaten, also letztendlich den Steuerzahlern, vorgenommen. Doch damit nicht genug, sie haben auch eine nationale Umverteilung angestoßen, denn die Gläubiger der von der Zahlungsunfähigkeit bedrohten Euro-Staaten sind auf die einzelnen nationalen Volkswirtschaften Europas und der Welt sehr unterschiedlich verteilt. Die Verteilung der Gläubiger Griechenlands z.B. zeigt die nachstehende Tabelle:

	Mrd. Dollar
Frankreich	75
Deutschland	45
USA	16
Großbritannien	15
Niederlande	12
Schweiz	3
Sonstige	70
Summe	236

Wie man sieht, haben französische Banken mit Abstand die meisten Forderungen, weshalb sie auch die größten Nutznießer (1) der Wertpapieraufkäufe durch die EZB sind und weshalb auch die französischen Steuerzahler natürlich weit weniger belastet werden wie die Deutschen. Denn die EZB-Beteiligung der Euro-Staaten entscheidet nicht nur über den Anteil an den Wertpapierverlusten der EZB sondern auch über den Anteil der Länderkredite für die zahlungsunfähigen Euro-Staaten. Und diese nationale Umverteilung der Schulden zu Lasten Deutschlands (seiner Steuerzahler) kommt noch hinzu zu der Tatsache, dass man Schulden bezahlen muss, die andere gemacht haben! Das ist „Transferunion“ in Vollendung, über die einträchtiges Stillschweigen herrscht.

Und das alles geschieht „**in unserem besten, wohlverstandenen nationalen Interesse**“, wie der Deutsche Finanzminister dem Volk und den Abgeordneten weis gemacht hat.

© www.hpatzak.de 08.06.2010

In der nächsten Folge (9) dieser Serie „EU und Euro am Abgrund“ wird der Komplex der geplanten und ungeplanten Umverteilung in der Transferunion – denn das war die EU

⁸ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.06.2010 Seite 20.

von Anfang an - einer genaueren Analyse unterzogen und die Frage untersucht, ob die hochverschuldeten Euro-Länder überhaupt eine Chance haben, ihre Schulden je zurückzahlen können?